

Globalziel der thematischen Strategie für die Umwelt:

„Verbesserung der Umwelteffizienz und der Lebensqualität in städtischen Gebieten, Gewährleistung eines gesunden Lebensumfelds für die Stadtbewohner in Europa, Stärkung des ökologischen Beitrags zur nachhaltigen städtischen Entwicklung und gleichzeitig die entsprechenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu berücksichtigen.“

Themenschwerpunkt „Nachhaltige Städtepolitik“

Einschätzung der Europäischen Kommission	Von der EU vorgeschlagene Maßnahmen	Stadt Wuppertal	Optionen und Risiken für Wuppertal
Städtische Gebiete erfüllen für die Bewohner und Nutzer zahlreiche Funktionen (Wohnraum, Arbeitsplätze, Dienstleistungen, Kultur, Erholung, soziale Interaktion). Die Ansprüche aus diesen Funktionen (z.B. Infrastruktur) werden von unterschiedlichen Verwaltungseinheiten unterstützt, die oftmals isoliert und mit konkurrierenden Zielen agieren. Die ökologischen Auswirkungen werden häufig nicht ausreichend berücksichtigt. Es bedarf klarer Vorstellungen, einer Gesamtstrategie und eines umfassenden Planes zum Erreichen vereinbarter Ziele, um einen Rahmen für die Orientierung täglicher Verwaltungsentscheidungen zu schaffen. Diese müssen dem Handeln der Stadtverwaltungen zugrunde liegen und dürfen nicht als zusätzliche Aufgaben neben ihren normalen Verantwortlichkeiten empfunden werden. Es sollen andere Entscheidungsverfahren eingeführt werden, die über die Grenzen der Kommunen hinaus gehen und den Bürger aktiver einbeziehen. Langfristig ist eine aktive und integrierte Handhabung ökologischer Fragen für den gesamten städtischen Raum der einzige Weg, um eine qualitativ hochwertige und gesunde städtische Umwelt zu erreichen. Explizite ökologische Ziele, Aktionen und Monitoringprogramme sind notwendig, die Umweltpolitik mit Wirtschafts- und Sozialpolitik verbinden.	Alle Hauptstädte und jede andere Stadt oder Gemeinde mit mehr als 100 000 Einwohnern sollte einen Umweltmanagementplan für den städtischen Raum insgesamt verabschieden und Ziele für die wesentlichen Umweltauswirkungen festlegen; sodann sollte sie ein Umweltmanagementsystem einrichten, um den betreffenden Prozess zu steuern und diese Ziele zu verwirklichen. Nach Auffassung der Kommissionen könnte diesbezüglich eine Vorschrift auf EU-Ebene vorgesehen werden. Diese Frage wird 2004 Gegenstand weiterer Konsultationen sein. Die Kommission wird Leitlinien für die Verwirklichung dieser Managementsysteme durch die kommunalen Behörden erstellen. Die Mitgliedstaaten werden dazu angehalten, sicherzustellen, dass die lokalen Behörden bei der Realisierung eines Umweltmanagementsystems die notwendige Unterstützung in Form von Ausbildungsmaßnahmen und Beratung erfahren. Die Kommission wird untersuchen, welche Möglichkeiten für Ausbildung, Forschung und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der nachhaltigen Städtepolitik bestehen.	Seit 1995 Aufbau des Umweltmanagements. 1999 war Wuppertal mit der Zertifizierung des Stadtbetriebs Jugend & Freizeit die erste Kommunalverwaltung in Nordrhein-Westfalen, die ein Öko-Audit-Siegel erhielt. Der Stadtbetrieb Weiterbildung mit dem Standort Bachstraße und das Ressort Vermessung, Katasteramt und Geodaten folgten im Jahr 2000. Das Umweltmanagementhandbuch wurde am 04.03.02 durch Beschluss des Verwaltungsvorstandes eingeführt. Strategische Ziele und Handlungsschwerpunkte wurden vom Rat der Stadt am 29.3.2004 beschlossen. Das Managementprogramm 2004/05 wird derzeit in den politischen Gremien beraten. Auf der Basis des Nachhaltigkeitsberichtes 2002 hat der Rat der Stadt Wuppertal am 29.3.2004 ebenfalls verbindliche Kenngrößen für die Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Soziales beschlossen. Das Führungskräftetreffen hat am 4. Mai 2004 die Einführung kennzahlengestützter Zielvereinbarungen als Steuerungsinstrument auf den Weg gebracht. In allen Geschäftsbereichen, Ressorts, Stadtbetrieben und Eigenbetrieben sollen ab 1. Januar 2005 Zielvereinbarungen eingesetzt werden, zunächst als Vereinbarungen zwischen den Geschäftsbereichsleitungen und den Ressort-, Stadtbetriebs- und Werkleitungen sowie von diesen mit ihrer jeweils unmittelbar nachgeordneten Führungsebene (Abteilungsleitungen).	Die Stadt Wuppertal hat sowohl methodisch als auch in der Außenwahrnehmung eine gute Ausgangsposition für eine nachhaltige Städtepolitik. Das Umweltmanagement müsste allerdings mehr als bisher als Steuerungsinstrument denn als Zusatzaufgabe begriffen werden. Beschäftigte und gewählte Vertretern sollten besser für Fragen der städtischen Umwelt und ihrer Verbindungen zu sozialen und wirtschaftlichen Aspekten sensibilisiert werden. Derzeitiges Managementprogramm beinhaltet zum teil noch isolierte Einzelmaßnahmen mit Zielkonflikten. Die Ausrichtung der Managementprogramme, der Zielvereinbarungen und Budgets an den strategischen Zielen und am Leitbild der Nachhaltigkeit sollte transparenter und stringenter werden. Die Rezertifizierung nach EMAS wurde nur für das Ressort „Vermessung, Katasteramt und Geodaten“ durchgeführt, die Stadtbetriebe „Jugend und Freizeit“ sowie „Weiterbildung“ haben darauf verzichtet.

Themenschwerpunkt „Nachhaltiger städtischer Verkehr“

Einschätzung der Europäischen Kommission	Von der EU vorgeschlagene Maßnahmen	Stadt Wuppertal	Optionen und Risiken für Wuppertal
Städtische Nahverkehrssysteme sind wesentliche Glieder des Stadtgefüges. Sie stellen den Zugang zu Gütern, Dienstleistungen, Arbeitsplätzen und Freizeitaktivitäten sicher, gewährleisten effizienten Güterverkehr und sind Voraussetzung für eine florierende lokale Wirtschaft. Allerdings ist die hohe Verkehrsdichte heute nach der hohen Bebauungsdichte das zweitwichtigste Charakteristikum städtischer Gebiete. Der Verkehr wirkt sich in erheblichem Maße auf die Umwelt und auf die Gesundheit der Stadtbevölkerung sowie auf die Lebensqualität in Städten insgesamt aus. Die zunehmende Überlastung der Verkehrsinfrastrukturen beeinträchtigt die Mobilität und verursacht steigende Kosten für die Wirtschaft. Die zunehmende Mobilität in städtischen Gebieten treibt die Urbanisierung an. Schlechte Entscheidungen bei der Flächennutzung erhöhen das Verkehrsaufkommen. Hohes Verkehrsaufkommen kann wiederum Anstoß zu Fehlentscheidungen bei der Flächennutzung sein. Flächennutzung und Verkehr sind untrennbar verbunden. Städtische Mobilität ist auch ein wichtiges Element sozialer Gerechtigkeit. Dienstleistungen, Ausbildung, Beschäftigung, Freizeit und Güter sollten allen Stadtbewohnern zugänglich sein. Die städtische Mobilität muss überdacht werden, um diese negativen Auswirkungen zu bekämpfen und gleichzeitig das Potenzial für Wirtschaftswachstum und Förderung der Bewegungsfreiheit und Lebensqualität der Stadtbevölkerung zu wahren. Deshalb scheint ein Rahmen zur Förderung des nachhaltigen städtischen Verkehrs auf europäischer Ebene nötig zu sein.	Alle Hauptstädte und Städte und Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern sollten einen Plan für nachhaltigen städtischen Nahverkehr mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen entwickeln, beschließen, verwirklichen und regelmäßig überarbeiten. Nach Auffassung der Kommissionen könnte diesbezüglich eine Vorschrift auf EU-Ebene vorgesehen werden. Diese Frage wird 2004 Gegenstand weiterer Konsultationen sein. Der Plan für nachhaltigen städtischen Verkehr soll das gesamte städtische Gebiet abdecken, auf eine Beschränkung der negativen Auswirkungen des Verkehrs ausgerichtet sein, dem ansteigenden Verkehrsvolumen und der Infrastrukturüberlastung entgegenwirken und sich in regionale und nationale Pläne und Strategien eingliedern. Er würde alle Verkehrsarten erfassen und eine Verkehrsverlagerung auf den effizienteren öffentlichen Nahverkehr, das Fahrrad und das Gehen bewirken. Ein wesentliches Element wäre die Verbindung zur Flächennutzung. Diese Pläne würden die 500 größten Städte und Gemeinden in der EU 25 dabei unterstützen, die Vorgaben der Richtlinien zur Luftqualität und zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm zu erfüllen. Weitere Maßnahmenvorschläge: • Richtlinie für die öffentliche Beschaffung umweltfreundlicher Fahrzeuge • Förderprogramm alternativer Kraftstoffe • Förderung der Forschung • Erhöhung der Kapazitäten von Energieagenturen • Erarbeitung von Indikatoren • Öffentlichkeitsarbeit und Schulungsmaßnahmen	Das Managementprogramm 2004/2005 sieht die Erstellung eines integrierten Verkehrskonzeptes für die Stadt Wuppertal vor.	Ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept ist seit längerer Zeit in Arbeit. Die Lärminderungsplanung trotz gesetzlicher Verpflichtung ist aufgrund fehlender Finanz- und Personalressourcen noch nicht gestartet. Die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen neuen Bauflächen haben erhebliche Verkehrsauswirkungen. Das von den WSW, der DB und dem VRR betriebene System des ÖV steht vor erheblichen betriebswirtschaftlichen Risiken, die eine deutliche Angebotsreduzierung nicht ausschließen.

Themenschwerpunkt „Nachhaltiges Bauen“

Einschätzung der Europäischen Kommission	Von der EU vorgeschlagene Maßnahmen	Stadt Wuppertal	Optionen und Risiken für Wuppertal
Gebäude und die bebaute Umwelt sind prägende Elemente der städtischen Umwelt. Sie verleihen einer Stadt ihren Charakter und bilden Wahrzeichen, die ein Gefühl der Vertrautheit und Identität schaffen und Städten und Gemeinden zu attraktiven Orten machen, an denen die Menschen gerne arbeiten und leben. Deshalb hat die bebaute Umwelt erheblichen Einfluss auf die Qualität der städtischen Umwelt, der weit über rein ästhetische Aspekte hinausgeht. Heizung und Beleuchtung von Gebäuden erzeugen 35 % der Treibhausemissionen. Die Hälfte der Materialien, die aus der Erdkruste entnommen werden, werden im Hoch- und Tiefbau eingesetzt. Bauschutt macht 25% des Gesamtabfallaufkommens aus. Die meisten Gebäude werden nicht in nachhaltiger Weise gebaut, obwohl die Kenntnisse darüber vorhanden sind. Ein besonderes Problem sind die bestehenden Gebäude.	Die Kommission wird eine gemeinsame Methodik für die Bewertung der Gesamtnachhaltigkeit von Gebäuden und der bebauten Umwelt sowie Indikatoren für die Lebenszykluskosten entwickeln. Diese Methodik wird auch auf die Planung von Neubauten und umfangreichen Renovierungen anwendbar sein. Alle Mitgliedstaaten werden angehalten, diese Methodik anzupassen und im Interesse einer Förderung vorbildlicher Verfahren zu übernehmen. Die Kommission wird daraufhin weitere, über den Energiesektor hinausgehende Effizienzanforderungen zur Ergänzung der Richtlinie 2002/91 über die Energieeffizienz von Gebäuden vorschlagen, wobei der Methodik dieser Richtlinie Rechnung getragen wird. Weitere Maßnahmen: • Fördermöglichkeiten bei der Renovierung • Nationale Programme für nachhaltiges Bauen • Richtlinien für die öffentliche Beschaffung und Ausschreibungen • Förderung von Ausbildung, Erfahrungsaustausch und Forschung • Strategien zur Vermeidung und Verwertung von Bauschutt • Zertifizierung von Baustoffen	Das Managementprogramm 2004/2005 sieht die Fortschreibung CO₂-Minderungsprogramms, die Umsetzung des Energieeffizienzprogramms der Stadt Wuppertal und die Beteiligung am European Energy Award vor. Umsetzung des Energieeffizienzprogramms der Stadt Wuppertal mit den Themen: • Entwicklungsplanung, Raumordnung • Kommunale Gebäude und Anlagen • Versorgung, Entsorgung Mobilität • Interne Organisation • Kommunikation, Kooperation Ziel: Reduzierung der Emissionen bis 2010 um 38 % gegenüber 1990 Generell gelten Ratsbeschlüsse „ökologisches Bauen“ für alle Neubau- und Sanierungsvorhaben und „ökologisches Beschaffungswesen“ Gemeinsame Arbeitsgruppe mit Wuppertaler Stadtwerken. Ausbau von Fernwärme, Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmelieferung u.a.	Aufgrund des begrenzten Kreditrahmens der Stadt können energetische Belange nur bei ohnehin anstehenden Gebäudesanierungen verfolgt werden, obwohl Investitionen in großem Umfang betriebswirtschaftlich rentierlich und ökologisch sinnvoll wären. Die Aspekte Entwicklungsplanung und Raumordnung stehen gegenüber den anderen Aspekten zurück. Die große Zahl leerstehender Wohnungen ist ein wichtiges Indiz für den Erneuerungsbedarf im Wohnungsbestand und für die Qualitätsminderung städtischer Wohnquartiere. Die Liberalisierung der Abfallwirtschaft und des Baurechts haben dazu geführt, dass über den mit Hoch- und Tiefbau zusammenhängenden Stoffstrom keine kommunalen Informationen verfügbar sind.

Themenschwerpunkt „Nachhaltige Stadtgestaltung“

Einschätzung der Europäischen Kommission	Von der EU vorgeschlagene Maßnahmen	Stadt Wuppertal	Optionen und Risiken für Wuppertal
Die Flächennutzung in einem städtischen Gebiet ist von grundlegender Bedeutung für den Charakter und die Umwelteffizienz einer Stadt sowie für die Lebensqualität, die sie ihren Bewohnern bietet. Flächennutzungsentscheidungen müssen so getroffen werden, dass sie die Identität, das kulturelle Erbe, das historische Straßenmuster, die Grünflächen und die Biodiversität einer Stadt schützen. Fehlentscheidungen bei der Flächennutzung haben Stadtgebiete hervorgebracht, die als unattraktive Wohnorte empfunden werden, und sie haben zu Siedlungsmustern geführt, die nicht nachhaltig sind. Die Zersiedelung der Landschaft ist eines der dringendsten Problem der Stadtgestaltung. Städte und Gemeinden dehnen sich rascher in ländliche Gebiete aus, als ihre Bevölkerung ansteigt (in den letzten zwanzig Jahren stieg der Flächenbedarf um 20%, während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum nur um 6% anstieg). Grünflächen (wertvolle landwirtschaftlich genutzte und naturbelassene Gebiete) werden durch Wohn- und Industriegebieten geringer Bebauungsdichte ersetzt. Die Zersiedelung steigert das Verkehrsaufkommen und die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr, was wiederum zu Verkehrsstaus sowie zu erhöhtem Energieverbrauch und Schadstoffausstoß führt.	Es ist nicht Aufgabe der Gemeinschaft, ein Standardsystem für Flächennutzungsentscheidungen festzulegen oder das „ideale Siedlungsmuster“ vorzugeben, da jede Stadt und Gemeinde einzigartig ist und die zur Verwirklichung einer nachhaltigen städtischen Umwelt notwendigen Lösungen fallspezifisch sind. Gleichwohl steht fest, dass einige Ansätze nicht nachhaltig sind, und die Strategie wird darauf ausgerichtet sein, diese zu unterbinden und nachhaltigere Alternativen zu fördern. Alle Mitgliedstaaten werden angehalten, – zu gewährleisten, dass ihre Planungssysteme für die Flächennutzung zu nachhaltigen Besiedlungsmustern führen und Umwelt Risiken Rechnung tragen, und dies zu überprüfen und zu fördern; – Anreize dafür zu schaffen, dass der erneuten Nutzung von brachliegenden Flächen Vorzug vor Neuerschließungen „auf der grünen Wiese“ gegeben wird, ehrgeizige Ziele für diese erneute Nutzung festzusetzen und die Wiederverwendung leer stehender Gebäude in städtischen Gebieten zu fördern; – Mindestbesiedlungsdichten bei der Flächennutzung festzulegen, um eine höhere Bebauungsdichte zu unterstützen und der Landschaftszersiedelung entgegen zu wirken; – die Folgen des Klimawandels für ihre Städte einzuschätzen, um nicht sachgerechten Entwicklungen vorzubeugen, und damit Anpassungen an neue klimatische Bedingungen in die Flächennutzungsplanung einbezogen werden können. Die Kommission wird Leitlinien für eine auf hohe Bebauungsdichte und vielfältige Nutzung ausgerichtete Flächennutzungsplanung vorlegen und Begriffsbestimmungen für „Industrie-brache“ und „unerschlossenes Land“ vorschlagen.	Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplan ist mit dem Entwurf zum Satzungsbeschluss 2004 abgeschlossen. Im Kap. 3.2 des Erläuterungsberichtes setzt sich der FNP mit der Problematik auseinander und stellt für die Wohnbauflächen fest, dass sich nur etwa 50% des Flächenbedarfes für 1-2-Familienhäuser durch bestehende Baurechte bzw. Innenentwicklung realisieren lassen. Im Bereich der Mehrfamilienhäuser übersteigt das Angebot bereits den prognostizierten Bedarf. Der Bedarf an Gewebeflächen (Kap. 3.3) lässt sich zu etwa 2/3 aus bestehenden Baurechten bzw. Innenentwicklung decken. Neu zu erschließende Flächen (51 ha) wurden unter ökologischen Gesichtspunkten geprüft und im Plan dargestellt.	Trotz rückläufiger Einwohnerzahlen sieht der aktuelle Flächennutzungsplan den Verbrauch bisher unbebauter Landschaft vor. Allerdings ist der jährliche Flächenverbrauch in Wuppertal in den letzten Jahren zurück gegangen. Das Gesamtproblem der Revitalisierung von gewerblichen Brachen, Wohnungs- und Geschäftsleerständen und umweltbelasteten Quartieren ist nur bei konzentrierter Anstrengung und verbesserten Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene lösbar.

Themenschwerpunkt „Entwicklung eines stärker integrierten Konzeptes“

Einschätzung der Europäischen Kommission	Von der EU vorgeschlagene Maßnahmen	Stadt Wuppertal	Optionen und Risiken für Wuppertal
Eine der größten Herausforderungen bei der Verbesserung der städtischen Umwelt liegt in der Verschiedenartigkeit der ökologischen Fragen und der auf die Umwelt und die Lebensqualität in städtischen Gebieten einwirkenden Einflüsse, Akteure und Faktoren sowie in der Uneinheitlichkeit der bislang verfolgten Konzepte. Eine Integration ist in verschiedener Hinsicht notwendig: – auf horizontaler Ebene zur Einbeziehung der städtischen Umwelt in die relevantesten Bereiche der Gemeinschaftspolitik wie Verkehr, Kohäsion, Gesundheit, Forschung und technologische Entwicklung; – auf horizontaler Ebene innerhalb der gemeinschaftlichen Umweltpolitik zur Fokussierung zentraler Sektoren wie Wasserwirtschaft, Luft, Lärm, Abfall, Klimawandel, Natur und biologische Vielfalt auf die städtische Dimension; – vertikal zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen: EU, nationale, regionale und lokale Ebene – horizontal auf lokaler Ebene, indem Kommunalbehörden zur Festlegung eines integrierten Umweltmanagementplans und zur Verwirklichung eines integrierten Umweltmanagementsystems veranlasst werden.	Fortführung der städtebezogenen Forschungs- und Demonstrationsprojekte der Gemeinschaft, Die Kommission erwägt (..) die Verwendung von Fondsmitteln für die nachhaltige Stadtentwicklung. Wasser: Eine Empfehlung für eine nachhaltige Wasserwirtschaft in den Kommunen auf Grundlage der Wasserrahmenrichtlinie Klimawandel: Unterstützung eines Städtetzwerkes Luft: Das Programm CAFE (Saubere Luft für Europa) Abfall: Unterstützung lokaler Initiativen zur Beherrschung und Verringerung von Umweltauswirkungen von Abfall. Natur und biologische Vielfalt: Entwicklung von Leitlinien, Erarbeitung von Indikatoren Pestizide: Vorschläge für die nachhaltige Nutzung von Pestiziden Alle Mitgliedstaaten werden angehalten, – nationale und/oder regionale Strategien für die städtische Umwelt zu erstellen, – nationale und/oder regionale Zentren für die städtische Umwelt zu benennen; – auf regionale und Kommunalbehörden ausgerichtete Maßnahmen zur Sensibilisierung für Fragen der städtischen Umwelt zu erwägen.	Dieser Punkt zielt im Wesentlichen auf die Position der EU und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten. Die Verwaltung wird die Entwicklungen und Angebote der EU aufmerksam verfolgen und ggfls. entsprechende Angebote aufgreifen.	entfällt

Themenschwerpunkt „Indikatoren, Daten, Ziele, Berichte“

Einschätzung der Europäischen Kommission	Von der EU vorgeschlagene Maßnahmen	Stadt Wuppertal	Optionen und Risiken für Wuppertal
Der Ermittlung von Indikatoren für die städtische Umwelt kommt große Bedeutung zu. Sie machen deutlich, welche Daten zur Beobachtung von Tendenzen im städtischen Raum notwendig sind. Sie ermöglichen eine Einschätzung der Wirksamkeit von Initiativen und der Fortschritte in Richtung einer qualitativ hochwertigen und gesunden Umwelt, die Festsetzung von Zielen und die Ausrichtung von Entscheidungen auf nachhaltigere Ergebnisse. Auf der lokalen Ebene hat die Kommission ein „Standardpaket“ von Indikatoren für die städtische Umwelt bereitgestellt, das von Städten und Gemeinden auf freiwilliger Basis genutzt werden kann. 1. Zufriedenheit der Bürger mit der Gemeinde 2. Beitrag der Gemeinde zur globalen Klimaänderung 3. Lokale Mobilität und Personenverkehr 4. Lokales Angebot an öffentlichen Freiflächen und Dienstleistungen 5. Qualität der lokalen Außenluft 6. Schulweg 7. Nachhaltiges Management der Kommunalverwaltung und der lokalen Unternehmen 8. Lärmbelastung 9. Nachhaltige Bodennutzung 10. Erzeugnisse zur Förderung der Nachhaltigkeit 11. Ökologischer Fußabdruck	Die Kommission wird zur Dokumentation der Auswirkungen der thematischen Strategie auf den Zustand der städtischen Umwelt Schlüsselindikatoren ermitteln. Die Mitgliedstaaten werden angehalten, die Nutzung der Gemeinsamen Europäischen Indikatoren auf lokaler Ebene zu fördern. Die EUA (Europäische Umweltagentur) wird im Rahmen ihrer regelmäßigen Berichterstattung über den Zustand der städtischen Umwelt berichten und Daten zur städtischen Umwelt verfügbar machen, um die politischen Entscheidungsträger, die vollziehenden Stellen und die Öffentlichkeit besser zu informieren und die Fortschritte der thematischen Strategie zu lenken und zu dokumentieren. Die Kommission wird bestrebt sein, Städten und Gemeinden bei der Festlegung von Zielen für die städtische Umwelt Orientierungen und Leitlinien an die Hand zu geben, und sie wird die Möglichkeiten der Festlegung etwaiger Richtwerte prüfen.	Im Rahmen der Strategischen Steuerung hat sich der Rat der Stadt Wuppertal auf ein System von Zielen und Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung verständigt. Die Zielbereiche umfassen Ökonomie, Ökologie und Soziales.	Das im Bericht genannte Standardpaket ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret genug, um die „Vollständigkeit“ und Zielgenauigkeit der Wuppertaler Kenngrößen abschätzen zu können. Defizite lassen sich u.a. erkennen: Bewertungen durch Zufriedenheit (Umfrage zur Stadtentwicklung eingestellt) der BürgerInnen sowie Lärmbelastung (bislang keine belastbare Datengrundlage) Zur Beurteilung eventueller Defizite in den Bereichen „Erzeugnisse zur Förderung der Nachhaltigkeit“ und „ökologischer Fußabdruck“ fehlen konkrete Vorschläge.